



Schweizer Split

Die Zeit/ Schweizer Split
5400 Baden
056 206 66 08
www.zeit.de

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 18'000
Parution: hebdomadaire

N° de thème: 844.003
N° d'abonnement: 844003
Page: 3
Surface: 83'240 mm²



Der lange Weg zum Schweizer-Sein:

- F** Ausweis für vorläufig aufgenommene Ausländer
- N** Ausweis für Asylsuchende
- B** Aufenthaltsbewilligung für Drittstaatsangehörige
- C** Niederlassungsbewilligung für EU- oder Efta-Bürger

Und wer mindestens zwölf Jahre lang in der Schweiz wohnt, dem winkt der rote Pass. Ob er ihn dann auch erhält, ist aber nicht sicher





Schweizer Split

Die Zeit/ Schweizer Split
5400 Baden
056 206 66 08
www.zeit.de

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 18'000
Parution: hebdomadaire

N° de thème: 844.003
N° d'abonnement: 844003
Page: 3
Surface: 83'240 mm²

Lasst sie mitbestimmen!

1,9 Millionen Ausländer in der Schweiz müssen Steuern zahlen.

Aber abstimmen dürfen sie nicht. Das muss sich ändern. Ein Plädoyer VON JOHAN ROCHEL

Wer in der Schweiz mitbestimmen will, muss zuerst Schweizer werden. Und zwar ein »guter Schweizer«. Der rote Pass ist eine Belohnung: für einen langen und schwierigen Parcours, den ein Einwanderer unterwürfig zu durchlaufen hat. Doch das »Schweizermachen« ist mehr als Kokolores, bekannt aus dem Siebziger-Jahre-Spielfilm mit Emil. Es geht um Kontrolle. Um die Kontrolle darüber, wer seine Interessen in der Öffentlichkeit kundtun darf. Das ist, man kann es nicht anders sagen, zutiefst unschweizerisch.

Eigentlich gilt in der Schweiz: Jeder, der von einem Gesetz oder einem politischen Projekt betroffen ist, kann sich dazu äussern. Es geht dabei nicht nur um demokratische Gerechtigkeit, sondern auch um Effizienz. Politische Teilhabe erlaubt es, unterschiedliche Meinungen in den politischen Prozess zu integrieren – um damit intelligenter Lösungen zu finden. Und eine breite Basis für einen Konsens zu schaffen.

Aber solange Nichtschweizer in der Migrationsdebatte nicht mitreden dürfen, bleibt sie völlig einseitig. 1,9 Millionen Menschen sind ausgeschlossen; drei Viertel von ihnen leben seit über acht Jahren in der Schweiz. Mit ihnen fehlen ihr Know-how und ihre Erfahrungen.

Wie lässt sich das rechtfertigen? Gar nicht. Doch gewisse Politiker und Parteien haben ein Interesse daran, diese demokratische Ausgrenzung zu betonieren. Es geht um Macht. Sie wollen bestimmen, wer mitreden darf – und wer nicht. Als liberale Gesellschaft müssen wir uns aber bewusst sein: Der politische Preis, den wir dafür zahlen, ist zu hoch.

Das ist keine Frage der Großzügigkeit, sondern eine der politischen Effizienz

Wer kennt den Ausländerrechts-Apparat von Innen? Bundesrätinnen, Parteipräsidenten, Leitarbeiter oder doch nicht eher die Betroffenen selbst, die sich durch diese Mühlen gekämpft haben? Wer weiß, ob Eritreer tatsächlich Ferienreisen in ihre Heimat unternehmen? Ein Honorarkonsul aus Wettingen, eine SVP-Nationalrätin aus Schöftland oder doch nicht eher die hierher geflohenen Eritreer selbst? Wer weiß, wie, wann und wo sich junge Muslime radikalieren, wenn nicht Muslime selbst? Und wenn wir über die Personenfreizügigkeit debattieren: Wieso sind hier arbeitende EU-Bürger nur Zuschauer und stehen nicht mit in der Arena?

Politische Teilhabe ist keine Geste eidgenössischer Großzügigkeit gegenüber den Fremden.

Sondern gehört zu einer inklusiven und damit effizienten Gesetzgebung. Jede emanzipatorische Bewegung schreibt sich zu Recht auf ihre Fahne: »*Nothing about us without us!*«

Klar, Ausländer haben bereits ihre Sprachrohre. Botschafter verteidigen die Interessen ihrer Bürger. Polen tat dies im Jahr 2012, als die Schweiz die sogenannte Ventilklausel im Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU anwandte. Diasporagruppen weibeln für ihre Anliegen. Doch sie sind unterschiedlich gut organisiert und erwecken immer den Eindruck: Hier spricht einer im Namen von allen. So mischen sich in der öffentlichen Wahrnehmung »die Albaner« oder »die Syrer« in die Debatte ein, jenseits individueller Präferenzen und Interessen. Dazu kommen zahlreiche NGOs, die sich auch politisch für Flüchtlinge, Asylbewerber und Ausländer einsetzen. Doch geraten diese als »Gutmenschen« verspotteten Aktivisten schnell in die Defensive: Sie können nur reagieren und müssen ihre Botschaft stets mit moralischen Argumenten unterlegen und mit Bittermiene vortragen.

Keine Frage: All diese Akteure sind wichtige



Schweizer Split

Die Zeit/ Schweizer Split
5400 Baden
056 206 66 08
www.zeit.de

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 18'000
Parution: hebdomadaire

N° de thème: 844.003
N° d'abonnement: 844003
Page: 3
Surface: 83'240 mm²

Stimmen für die Anliegen der Ausländer in der Schweiz. Sie sind aber nur Behelfsvertreter. Um den Migranten eine politische Stimme zu geben, braucht es aber mehr. Es braucht ein Empowerment des Einzelnen.

Jeder Einwohner der Schweiz soll sich in jedem politischen Gremium, auf jedem Niveau, einbringen können. In der Schulpflege ebenso wie in der Quartierkommission oder im Gemeinde- und Kantonsrat. Die Erfahrungen aus der Westschweiz, wo einzelne Kommunen und Kantone solche Teilhabe bereits ermöglichen, zeigt die Vorteile dieser Strategie. Und zwar für alle. 2004 wurde Mario Augusto, ein Portugiese, in den Gemeinderat von Thioleyres gewählt – als erster Ausländer in der Romandie. 2005 wählte Delémont als erste Stadt in Europa einen Ausländer zu ihrem *premier citoyen*: Francesco Prudente, der Präsident des Stadtparlaments, war ein Italiener.

Die Einbürgerung würde zum symbolischen Akt

Diese Beispiele zeigen: Wenn Ausländer mitbestimmen, geht die Schweiz nicht unter. Im Gegenteil. Die Lokalpolitik kriegt eine Blutauffrischung, originale Ideen gedeihen, die demokratische Entscheidungsbasis wird breiter. Und noch wichtiger, aus diesen Kommunen und Kantonen geht die Bot-



Johan Rochel, 31, Philosoph und Jurist, ist Vizepräsident des Think-tanks foraus. Im September erscheint sein Migrations-Essay »La Suisse et l'Autre« in der Edition Slatkine

schaft ins Land: Ausländer wie Schweizer ziehen am selben Strick.

Es ist aber nicht nur kontraproduktiv, Ausländern den politischen Mund zu verbieten. Es ist auch ungerecht. Die Freiheit des Einzelnen zu respektieren gehört zur DNA der modernen Schweiz. Wer hier Steuern zahlt, wer hier arbeitet, wer das Projekt Eidgenossenschaft mitträgt, soll in seiner Freiheit respektiert werden. Und dazu gehört ganz besonders, dass seine Stimme gehört wird. Ist politische Teilhabe in der Schweiz nicht mehr an den Besitz eines roten Passes geknüpft, versachlicht das die überdrehte Einbürgerungsdiskussion. Diesen seltsamen Wettstreit um den längsten Stammbaum, die Frage, wer nun ein echter, ein halber und ein Papierli-Schweizer sei. Für EU-Bürger ist der Anreiz, sich einbürgern zu lassen, schon heute sehr gering. Wenn sie nun auch noch mitbestimmen dürften und als Quasibürger in allen wichtigen Lebensbereichen gleichbehandelt würden, wieso sollten sie dann noch Schweizer werden?

So wird die Einbürgerung zu einem symbolischen Zeichen für eine besondere, institutionalisierte Verbundenheit zur Nation. Salopp gesagt: Die einen würden mit der Schweiz im Konkubinat leben, die anderen in einer Ehe. Ausgeschlossen wäre niemand. Doch profitieren würden alle: die Einwohner, die Politik und die Demokratie.